

# Wohnungsbau in NRW - Land versagt, Bund hilft!

Von Hubert Doppmeier, MdL, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

Für das gesamte Bundesgebiet sind im vergangenen Jahr, bezogen auf 1 000 Einwohner, 3,2 Wohnungen fertiggestellt worden, für das am dichtesten besiedelte Bundesland NRW jedoch nur 2,1. Es überrascht deshalb nicht, wenn es jetzt in Nordrhein-Westfalen in weiten Teilen eine angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt gibt. In einigen Städten und Gemeinden herrscht sogar Wohnungsnot.

Die Marktlage ist völlig umgeschlagen. Denn auch leerstehende Wohnungen sind kaum noch verfügbar. Diese Situation ist Konsequenz der Tatsache, daß in den Jahren 1983 bis 1987 die Zahl der genehmigten Wohnungen stark rückläufig gewesen ist. Hinzu kommt, daß die drasti-

schen Einschnitte bei der Wohnungsbauförderung nach der Landtagswahl in NRW von 1986 bis 1988 zur Kürzung des Programms um insgesamt rund 18 000 Wohnungen — 1986: 5 397, 1987: 6 383, 1988: 6 051 — geführt haben. Diese schlimme Situation hat überwiegend die Landesregierung herbeigeführt und auch zu verantworten!

Eklatante Versäumnisse der Landesregierung sind:

**1** Bewußte Verknappung des Wohnraums mit der Konsequenz, daß die nicht gebundenen Mieten hochgetrieben werden.

**2** Falsche Annahme über den Wohnungsbestand: In Nordrhein-Westfalen

gibt es 132 000 Wohnungen weniger als vor der Volkszählung angenommen.

**3** Grundsätzliche Fehleinschätzung der Bedarfslage, denn

- a) die Nachfrage nach mehr Wohnraum pro Person nimmt kontinuierlich zu,
- b) ältere Menschen wollen so lange als möglich in ihrer Wohnung verbleiben,
- c) Wanderungsbewegungen von besonderen Personengruppen bleiben unberücksichtigt,
- d) immer mehr junge Leute, die heiraten und eine Familie gründen wollen, drängen auf den Wohnungsmarkt.

Die von der SPD-Landesregierung vorgesehene Förderung von 25 000 Wohnungen im Jahr 1990 reicht zur Behebung der Misere auf dem Wohnungsmarkt bei weitem nicht aus. Minister Zöpel irrt, wenn er lautstark verkündet, daß es zur Sicherung von erschwinglichem Wohnraum kein besseres Instrument als den über eine Darlehensbasis finanzierten Woh-

nungsbau gebe. Es kommt nicht auf die Bereitstellung von Wohnraum für eine kleine Gruppe von Bürgern an, sondern alle Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen haben einen Anspruch darauf, in angemessener Zeit eine Wohnung zu finden, die ausstattungsmäßig und preislich ihren Vorstellungen entspricht.

Statt auf Bürokratismus hat die Bundesregierung auf die Kräfte des Marktes gesetzt. Sie hat:

- 1** zum Anreiz auch privater Investoren auf dem Gebiet des Wohnungsbaus wesentliche Verbesserungen im Bereich der Abschreibungen geschaffen,
- 2** die Mittel für den sozialen Wohnungsbau auf 1,25 Mrd. DM weiter aufgestockt (zum Vergleich: 1988 = 450 Mio. DM; 1989 = 1,05 Mrd. DM),
- 3** sich das Ziel gesetzt, mindestens 300 000 Wohnungen pro Jahr zu errichten und zusätzlich 70 000 Sozialwohnungen zu bauen,

- 4** das Wohngeld in bestimmten Regionen mit besonderer Wohnungsknappheit zur Entlastung von finanziell schwächer gestellten Personen deutlich erhöht,
- 5** den Tausch von Sozialwohnungen erleichtert, damit die Menschen leichter als bisher ihre Vorstellungen vom Wohnen verwirklichen können,

- 6** Maßnahmen getroffen, damit der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen im Falle eines etwaigen Nachteils des Mieters entgegengetreten wird.

Für die CDU-Landtagsfraktion ist und bleibt die Wohnung ein existentielles Gut. Die Sicherung dieses Gutes muß auch durch finanziellen Einsatz des Landes NRW erfolgen. Die CDU-Landtagsfraktion ist nicht bereit, hinzunehmen, daß sich das Land Nordrhein-Westfalen

aus seiner Verantwortung stiehlt, weil dieses sich finanziell übernommen hat und Beträge in Millionenhöhe dem maroden Gewerkschaftskonzern Neue Heimat zugeführt hat. Die Forderung der CDU-Landtagsfraktion lautet: In Nordrhein-Westfalen müssen mindestens 30 000 Wohnungen für Einheimische gefördert werden.

Eine zukunftsorientierte Wohnungspolitik muß mit geringeren finanziellen Anreizen des Staates mehr Wohnungen schaffen. In der Eigenheimförderung müssen verstärkt junge und wachsende Familien berücksichtigt werden. Die Förderungspolitik muß darüber hinaus den Trend berücksichtigen, daß die Wohnfläche pro Einwohner bei steigendem Einkommen ständig größer wird. Dieser Trend wird durch die günstige wirtschaftliche Entwicklung noch verstärkt.

# Zeitzeugen für Europa

Auch Sie können die CDU im Europawahlkampf unterstützen. Inserieren Sie in Ihrer Lokalzeitung mit einer kurzen Aussage, warum Sie sich für die CDU und für Europa entscheiden, eventuell sogar mit einem Foto. Beispiele für solche Testimonials finden Sie im nachstehenden Text.

„Bayern und Preußen wurden ein Land. Jetzt müssen wir Älteren dafür sorgen, daß die Länder Europas zusammenwachsen. Deshalb wählen wir selbstverständlich CDU für Europa!“

**Günter Volmer, Gelsenkirchen**

„Wir Älteren haben das Grauen des Krieges noch an eigenem Leibe erlebt. Sicherheit und Frieden finden wir nur in der Gemeinschaft der europäischen Länder. Deshalb wählen wir selbstverständlich CDU für Europa“

**Oskar Pahnke, Oberstleutnant d. R., Hagen**

„Wir Senioren wissen, daß wir bei der CDU gut aufgehoben sind. Sorgen wir jetzt bei der Wahl dafür, daß wir auch in einem gemeinsamen Europa im Alter aktiv und selbstständig bleiben und unsere Lebenserfahrung und Kenntnisse weitergeben können. Ich wähle deshalb selbstverständlich CDU für Europa!“

**Josef Kümpel, Wuppertal**

„Europa ist für mich ein alter Traum, der endlich zu einer Wirklichkeit werden muß. Viel Zeit haben wir Ältere nicht mehr; deshalb sollten wir uns doppelt stark für eine schnelle Einigung Europas einsetzen. Wir wählen selbstverständlich CDU für Europa!“

**Herbert Blum, Paderborn**

„Ururgroßvater schoß noch auf Bayern. Großvater schoß noch auf die Österreicher. Meine Generation schoß auf Italiener, Engländer und Franzosen. Graue und grauhafte Vergangenheit. Tun wir doch jetzt den mutigen Schritt nach vorn und sichern wir unseren Enkeln in einem gemeinsamen Europa dauerhaften Frieden. Wir wählen deshalb selbstverständlich CDU für Europa!“

**Ursula Bannasch-Hermkes, Düsseldorf**

„Wir wollen ein Europa in Frieden und Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität — ein Europa, das aus dem Reichtum seiner Geschichte, Traditionen und Kulturen heraus seine Zukunft gestaltet. Wir wählen selbstverständlich am 18. Juni CDU für Europa!“

**Gerhard und Marlies Meyer, Köln**

„Am 18. Juni 1989 sind die Bürger der Europäischen Gemeinschaft zum dritten Mal aufgerufen, die Abgeordneten für das Europäische Parlament zu wählen. Mit dieser Wahl werden wichtige Entscheidungen über die Zukunft Europas getroffen. Wir, die ältere Generation, haben dieses Europa nach dem Krieg aufgebaut und die Europäische Gemeinschaft und die europäische Idee mit Leben erfüllt. Wir wollen uns dieses geeinten Europa nicht durch radikale Kräfte kaputt machen lassen. Wir wählen selbstverständlich CDU für Europa!“

**Alexander Rüth, Balve**